

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

win.03

Massnahme Nr. 72

Beitrag von Fr. 80'000.-- für das Jahr 2004 und jährlicher Beitrag von Fr. 40'000.-- für 2005 – 2007 an den Betrieb der Aids-Informationsstelle Winterthur

Antrag:

Dem Verein Aids-Informationsstelle Winterthur wird für den Weiterbetrieb der Aids-Informationsstelle Winterthur im Jahr 2004 zum letzten Mal ein Jahresbeitrag von Fr. 80'000.-- und in den Jahren 2005 – 2007 ein Beitrag von jährlich Fr. 40'000.-- zu Lasten der Laufenden Rechnung gewährt.

Weisung:

Zusammenfassung:

Um die Sucht- und Aidsprävention in der Stadt Winterthur zu gewährleisten und gleichzeitig den Sparauftrag win.03 zu erfüllen, werden die Präventionsangebote besser koordiniert, konzentriert und den Leistungserbringern zugeteilt. Dementsprechend wird die Beitragsregelung und der Leistungsauftrag 2004 – 2007 für den Verein Aids-Informationsstelle Winterthur angepasst. Die Beitragsregelung entspricht der Umsetzung der Massnahme 72.

1. Rechtsgrundlagen und städtische Aufgaben der Prävention

Am 27. Januar 1992 hat der Grosse Gemeinderat auf Antrag des Stadtrates dem Verein Aids-Informationsstelle Winterthur für die Einrichtung und einen dreijährigen Versuchsbetrieb der Aids-Infostelle Winterthur einen Beitrag von Fr. 400'000.-- gewährt. Davon waren Fr. 150'000.-- als Startbeitrag zur Errichtung der Infrastruktur bestimmt. Nachdem auch der Regierungsrat des Kantons Zürich einen jährlichen Beitrag von Fr. 60'000.-- zugesichert hatte und der Trägerverein jährliche Beitragsleistungen durch Mitgliederbeiträge, Gönner und Eigenleistungen der Infostelle in gleicher Höhe erwarten durfte, konnte die Infostelle nach einer Aufbau- und Vorbereitungsphase im Mai 1992 den Versuchsbetrieb aufnehmen.

Nach Abschluss der dreijährigen Versuchsphase und aufgrund des Stellenwertes der Aidsprävention stand 1995 für den Stadtrat fest, dass das Dienstleistungsangebot der Infostelle weiterhin verfügbar sein sollte. Der Grosse Gemeinderat teilte diese Auffassung und gewährte dem Verein Aids-Informationsstelle am 31. Mai 1995 auf Antrag des Stadtrates für den Weiterbetrieb in den Jahren 1995 bis 1998 einen jährlichen Beitrag von 80'000.--.

Mit Beschluss vom 1. März 1995 hat der Regierungsrat den Verein Aids-Infostelle Winterthur befristet bis zum 31. Dezember 1998 als beitragsberechtigte Institution zur Prävention von Krankheiten anerkannt. Die Gesundheitsdirektion setzte den Staatsbeitrag auf jährlich Fr. 70'000.-- fest und erhöhte ihn für das Jahr 1998 auf Fr. 80'000.--.

2. Finanzielle Situation des Vereins Aids-Informationsstelle

Ab Oktober 1998 verlängerte die Gesundheitsdirektion die Beitragsberechtigung der Aids-Infostelle vorerst um zwei Jahre und bezifferte den Jahresbeitrag auf Fr. 80'000.--. Seitens der Stadt wurde die Infostelle auch ab 1999 jährlich ohne längerfristige Rechtsgrundlage mit Fr. 80'000.-- aus der Laufenden Rechnung unterstützt. Dieser Betrag war jeweils im genehmigten Voranschlag enthalten und als solcher ausgewiesen.

Seit 1. Januar 2003 ist neu das Departement Soziales verantwortliche städtische Ansprechpartnerin der Aids-Infostelle.

Das Finanzierungsmodell der Aids-Infostelle setzt sich zu rund 2/3 aus städtischen und kantonalen Subventionen von je Fr. 80'000.-- zusammen und zu gut 1/3, nämlich 80'000.-- bis Fr. 120'000.-- aus Gönner- und Spendenerträgen sowie erwirtschafteten Eigenleistungen. Parallel zur schlechten Entwicklung der Wirtschaftslage im Laufe der 90er Jahre ist die finanzielle Situation der Aids-Infostelle schwierig geworden. Diese Verschlechterung ist auf den zunehmenden und einschneidenden Rückgang der Gönner- und Spendenerträge zurückzuführen. Gleichzeitig mit den Ertragseinbussen stiegen die jährlichen Aufwendungen im Personalbereich beispielsweise für die Arbeitgeber-Beiträge in der städtischen Pensionskasse. Trotz massiver Einsparungen und Reduktion des Betriebsaufwandes sowie dem Versuch, den Anteil der Eigenleistungen zu steigern, verminderte sich das Vereinsvermögen für die Deckung der Betriebsdefizite kontinuierlich und ist per Ende 2003 auf den Restbestand von ca. Fr. 40'000.-- geschmolzen. Aufgrund der zunehmend angespannten Finanzlage beantragte die Aids-Infostelle im Frühjahr 2003 dem Departement Soziales eine Subventionserhöhung auf jährlich Fr. 85'000.-- verbunden mit der Annahme, dass der Kanton in der gleichen Betragshöhe mitziehen werde, da sich Stadt und Kanton in der Bemessung der Leistungen bisher immer einander angeglichen haben.

Das budgetierte Betriebsdefizit 2003 beträgt voraussichtlich ca. Fr. 35'000.-- bei einem Gesamtaufwand von knapp Fr. 250'000.--. Die Hilfsgesellschaft erklärte sich bereit, als einmalige Leistung im Jahr 2003 dafür aufzukommen, so dass das Vereinsvermögen deswegen Ende 2003 nicht angegriffen werden muss.

Die kommenden Betriebsjahre verschärfen jedoch die prekäre Finanzlage noch mehr, da die Stadt Winterthur im Rahmen von win.03 zu Sparmassnahmen gezwungen ist; in der Sucht- und Aidsprävention sind Einsparungen von insgesamt Fr. 50'000.-- im Jahr 2004 und von Fr. 100'000.-- ab dem Jahr 2005 vorzunehmen. Auf die Subventionsleistungen an die Aids-Infostelle hat das existenzielle Auswirkungen, indem die Subventionen im Jahr 2004 noch wie bisher ausgerichtet werden, um einen Härtefall zu vermeiden, aber ab 2005 um Fr. 40'000.-- gekürzt werden müssen. Im weiteren droht der Aids-Infostelle, dass sich der Kanton dieser Kürzung aufgrund der Angleichungspraxis anschliessen wird.

Die Aids-Infostelle möchte bis 2004 erreichen, dass die Reduktion der städtischen Subventionen durch neue Einnahmen, beispielsweise von den Landeskirchen, kompensiert werden kann. Sie ist sich aber bewusst, dass die Organisation neuer Geldgeber nur im Idealfall gelingen wird. Wenn anstelle der Stadt keine zahlungskräftigen Gönner/Geldgeber gefunden werden können, ist die Weiterführung der Aids-Infostelle in ihrer bisherigen Form nicht mehr möglich.

Zur Abfederung der einschneidenden win.03 Massnahmen ist das Departement Soziales einmalig bereit, die geplante Beitragsreduktion von Fr. 20'000.-- für das Jahr 2004 anderweitig zu kompensieren, so dass 2004 trotz Einhaltung der win.03 Vorgaben nochmals Fr. 80'000.-- geleistet werden können. Ab 2005 wird die städtische Subvention hingegen jährlich nur noch Fr. 40'000.-- betragen.

Die Stadt Winterthur hat der Aids-Infostelle angeboten, über eine mögliche infrastrukturelle Zusammenlegung von Sucht- und Aids-Infostelle das Gespräch zu führen. Mit einer Zusammenlegung der beiden Einrichtungen in die bestehenden Räumlichkeiten der Suchtpräventionsstelle könnten die infrastrukturellen Kosten reduziert und die fachlichen Synergien besser genutzt werden. Mit einer Zusammenlegung müsste jedoch der bisherige Stellenetat von zwei MitarbeiterInnen von insgesamt 150 Stellenprozenten aus Platzgründen auf eine MitarbeiterInnenstelle zu max. 100 Stellenprozenten reduziert werden. Auch müsste damit ein Leistungsabbau im Dokumentationsangebot einhergehen.

Ausgehend vom wichtigsten Bedarf der HIV-Prävention werden für 2005 – 2008 Ziele vereinbart und mittels eines Leistungsvertrages zwischen der Stadt Winterthur und der Aids-Infostelle geregelt.

2. Zur aktuellen Epidemie-Situation im Spannungsfeld der städtischen Präventionsaufgaben

2.1. HIV

Zwischen 1992 und 2000 war die Zahl positiver HIV-Tests in der Schweiz rückläufig. Im Jahr 2001 wurden erstmals wieder mehr positive HIV-Tests gemeldet als im Vorjahr. Im Jahr 2002 bestätigte sich die Trendwende (ein weiterer Anstieg um rund 25 %, das waren 792 Neuinfektionen). Im Jahr 2003 sind dem Bundesamt für Gesundheit bis im Oktober insgesamt 569 neue Fälle gemeldet worden, was auf einen leichten Rückgang schliessen lässt. Die überwiegende Zahl der Neuinfektionen erfolgt in der Schweiz auf sexuellem Wege (ungeschützte homosexuelle und heterosexuelle Kontakte). Der heterosexuelle Ansteckungsweg hat seit 1990 den grössten Anteil an den neu diagnostizierten Fällen (seit 1997 liegt er über 50 %).

Die Zahl der jährlich neu diagnostizierten Aidsfälle (Erkrankungen) ist in der Schweiz seit 1995 rückläufig. Diese Entwicklung ist auf die breite Anwendung von hoch aktiven antiretroviralen Kombinationstherapien bei HIV-positiven Personen im Vor-Aidsstadium zurückzuführen.

Nach kontinuierlichem Anstieg erreichte die Sterblichkeit bei HIV-positiven Personen in der Schweiz ein Maximum im Jahre 1994 und nahm seither von Jahr zu Jahr wieder ab. Gemäss den bisher eingegangenen Meldungen starben im Jahr 2000 in der Schweiz noch 119 Personen mit HIV oder Aids.

Mit den medizinischen Erfolgen hat Aids seinen ursprünglichen Schrecken verloren und ist zu einer scheinbar gewöhnlichen Geschlechtskrankheit geworden und die Prävention wird zunehmend ignoriert. Die Angst vor einer Ansteckung hat einem verbreiteten Risikoverhalten Platz gemacht. Das Kondom gilt als uncool wie zu den Zeiten vor Aids, so dass die Zahl der positiven HIV-Tests wieder stark zunimmt. Wo aber nicht mehr die Angst, sondern der Lifestyle das Verhalten diktiert, wird die Prävention erschwert.

Obwohl Information, gerade angesichts der mangelnden Risikoeinschätzung, vor allem bei der Jugend immer noch eine wichtige Aufgabe ist, reduziert auch das Bundesamt für Gesundheit BAG seine Unterstützung und setzt Prioritäten. Das Aids-Budget betrug vor 10 Jahren 16 Mio. Franken und heute noch 9,5 Millionen. Das Dokumentationszentrum Aidsinfo Docu fällt den Sparmassnahmen des Bundes zum Opfer.

Die Massnahme wird vom Geschäftsführer als bedauerlich, aber unausweichlich bezeichnet, doch sie trägt auch der medizinischen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 10 Jahre Rechnung.

2.2. Nikotin, Alkohol, Cannabis

Im Suchtbereich sind die epidemiologischen Daten im Bereich Nikotin, Alcopops und Cannabis bei Jugendlichen besorgniserregend hoch, der Missbrauch von Alkohol und Cannabis nimmt stetig zu.

Im Jahr 2002 wurden 39 Millionen Flaschen Alcopops verkauft. Alcopops richten sich durch ihre Aufmachung und ihren Geschmack an ein junges und markenbewusstes Publikum. Zur Zeit sind Alcopops das weltweit am stärksten wachsende Konsumgut. Rund 16 % der 11- bis 16-Jährigen trinken regelmässig Alkoholisches. Nicht nur der regelmässige Alkoholkonsum, auch die Rauscherfahrungen von Jugendlichen nehmen deutlich zu. 2002 berichteten fast 15 % der 11- bis 16-Jährigen, dass sie mindestens zweimal in ihrem Leben betrunken waren. Dieser Wert ist deshalb besorgniserregend, weil Trunkenheit zweifellos ein Risikoverhalten darstellt, welches mit grosser Wahrscheinlichkeit zu negativen Folgen für die Schüler und Schülerinnen führen wird. Die sozialen Kosten des Alkoholmissbrauchs belaufen sich in der Schweiz auf jährlich 6,5 Milliarden Franken, Tendenz steigend. In der Schweiz wird von 300'000 schwer alkoholabhängigen, chronisch suchtkranken Personen ausgegangen; darin eingerechnet sind nicht diejenigen Personen, die sich im Missbrauch-Stadium befinden und an körperlichen Krankheiten als Folge des übermässigen Alkoholkonsums leiden.

Die Entwicklung des Cannabisgebrauchs bei 15- und 16-jährigen Schülern und Schülerinnen zeigt seit 1986 eine Vervielfachung sowohl des Anteils der Jugendlichen mit einmaliger als auch derjenigen mit mehrmaliger Konsumerfahrung. 39,6 % der Schüler und 32,2 % der Schülerinnen im Alter von 15/16 Jahren haben schon mehrmals in ihrem Leben Cannabis konsumiert. Es besteht die Gefahr, dass viele SchülerInnen, die angeben, im letzten Jahr schon mehrmals Cannabis konsumiert zu haben, einen regelmässigen bis gewohnheitsmässigen Konsum entwickeln oder bereits entwickelt haben. Zu dieser Risikogruppe gehören in Winterthur pro Jahrgang zwischen 220 und 300 SchülerInnen. Es ist unbestritten, dass sich der tägliche Gebrauch von Cannabis vor allem bei Jugendlichen negativ auf ihre psychosoziale Entwicklung und auf ihre Ausbildungschancen auswirkt.

3. Schlussfolgerungen und Präventionsauftrag

Aufgrund der epidemiologischen Daten erachtet es die Stadt Winterthur als vordringlich, die Suchtprävention sicher zu stellen. Die Suchtpräventionsstelle Winterthur ist beauftragt, ihre Präventionsanstrengungen auf Kinder und Jugendliche auszurichten. Der Zugang und die Einflussnahme auf diese Zielgruppe erfolgt häufig jedoch indirekt, indem nicht die Kinder und Jugendlichen selbst die unmittelbaren Ansprechpersonen sind, sondern ihre Bezugs- und Kontaktpersonen. Die öffentliche Hand ist herausgefordert, die Aufklärung und den Schutz Minderjähriger als vordringliche Präventionsmassnahme sicher zu stellen und ihre finanziellen Mittel zielgerichtet dafür einzusetzen. Erwachsene Personen, die in irgendeiner Weise

selbstschädigendes und risikoreiches Verhalten an den Tag legen, müssen daher auf ihre Selbstverantwortung verwiesen werden.

Auch in der Aidsprävention ist die Zielgruppe der Jugendlichen prioritär zu berücksichtigen. Die Stadt Winterthur möchte deshalb mit ihren Subventionsleistungen vor allem sexualpädagogische Angebote in Schulen mitfinanzieren. Im weiteren wird die themenspezifische Weiterbildung von Fachpersonen und Institutionen (Multiplikatoren) unterstützt.

Der Leistungsauftrag zwischen der Stadt Winterthur und der Aids-Informationsstelle ist entsprechend diesen beiden Zielsetzungen neu formuliert worden und unterscheidet sich vom umfassenderen Leistungsauftrag, den der Kanton mit der Aids-Informationsstelle vereinbart hat.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Soziales übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder